

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852**

23.4.1852 (No. 96)



ertheilende Instruktion in Bezug auf die Mobilität der Auflösung Zögerung veranlaßt.

**Wesel, 15. April.** Nach amtlichen Mittheilungen hat man, wie die „Neue Brem. Ztg.“ berichtet, den Schriftsteller Dr. Ernst Dronke in Koblenz verhaftet, als er sich, verkleidet und unter einem andern Namen aus dem Nassauischen kommend, dort einige Tage aufgehalten hatte und eben im Begriff stand, ins Ausland, wie man glaubt nach London, zurückzukehren.

**Berlin, 19. April.** Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs wegen Besteuerung der Eisenbahnen nach Maßgabe des Reinertrags, welcher heute den Zweiten Kammer durch den Handelsminister vorgelegt wurde, sind folgende: Die Steuer soll bei Dividenden bis 4 % auf  $\frac{1}{40}$  des Reinertrags, bei 4 — 5 % auf  $\frac{1}{20}$ , bei 5 — 6 % auf  $\frac{1}{10}$ , bei 6 — 7 % auf  $\frac{3}{10}$ , bei einem Mehrertrage über 7 % auf  $\frac{3}{10}$  des Reinertrags festgesetzt werden. Die Regierung hält dafür, daß kein Grund vorliegt, mit dieser nach dem Gesetze vom Nov. 1838 vorbehaltenen Steuer länger zu warten, da es nur billig erscheine, die Eisenbahnen gleich allen übrigen Transportunternehmungen zu besteuern. Die Steuer hat zum Zweck die Entschädigung der Staatskasse für die durch die Eisenbahnen entzogenen Einnahmen, sowie die Realisirung des Grundfuges, die Transportpreise nicht höher zu stellen, als zur Unterhaltung der Bahnen erforderlich ist. Bei einer Dividende von 4 % würde eine Eisenbahn in 24 Jahren in Besitz des Staates gelangen, bei 10 % in 54 Jahren. Die durchschnittliche Dividende beträgt indessen nicht mehr als 4 — 5 %, und nur bei der Magdeburg-Leipziger Bahn über 10 %. Der Handelsminister stellt anheim, den Gesetzentwurf durch eine besondere Kommission prüfen zu lassen; die Kammer verweist denselben jedoch an ihre Kommission für Finanzen und Zölle.

Ferner legte der Justizminister einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vor. Der Entwurf besteht aus 5 Paragraphen, deren erster einige Erleichterungen der Schwurgerichte bezweckt, welche der Minister für dringlich genug hält, um die Einbringung des Gesetzentwurfs noch in der gegenwärtigen Session zu recht fertigen.

**Mudolstadt, 18. April.** (Fr. 3.) Gestern ist die Vermählung unserer am 1. Oktober 1833 gebornen Prinzessin Elisabeth mit dem Fürsten Leopold von Lippe-Detmold hier vollzogen worden. Die Neuvermählten, welchen Seitens der Stadt morgen ein großer Fackelzug gebracht werden wird, beabsichtigen noch künftige Woche nach der Residenz des Fürsten abzureisen.

**Dresden, 17. April.** (Fr. 3.) Gestern hat unsere Zweite Kammer den Antrag des Abg. v. Nostitz, das Institut der Kommunalgarde (Bürgerwehr) abzuschaffen, mit 55 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Bei ihrer gegenwärtigen Organisation hat übrigens die Kommunalgarde jede politische Bedeutung verloren, und der Minister v. Friesen bemerkte sehr richtig, daß dieselbe nur noch eine Lokal-Polizeimannschaft sei. Er widersetzte sich daher auch der Aufhebung.

Heute befand sich auf der Tagesordnung die Verathung des königl. Dekrets, wodurch den Ständen Mittheilung über die seit 1844 stattgehabten Veränderungen in Zoll-, Steuer- und Schiffsabzugs-Verhältnissen gemacht wurden. Die darüber Bericht erstattende Finanzdeputation rath der Kammer an: „sich über das vorgelegte Dekret allenthalben beifällig zu erklären.“ In dem Bericht heißt es u. A.:

Die Deputation muß auf das dringendste wünschen, daß aus den bevorstehenden Zollkonferenzen in Berlin der deutsche Zollverein erweitert, gekräftigt und in manchen der ihm zu Grunde gelegenen vertragmäßigen Bestimmungen, nach den sich kund gezeigten Erfordernissen verbessert, neu hervorgehe, und daß es nächstem gelingen möge, auch mit der k. ö. österreichischen Regierung zu einer Vereinbarung über gegenseitige Zugeständnisse zu gelangen, die eben so im Bereiche der Möglichkeit rücksichtlich der statfindenden Verhältnisse, als im wohlverstandenen Interesse beider Zollgruppen liegen möchten.

Georgi und andere Redner sprachen sich energisch für die Erhaltung des Zollvereins aus. „Ich bin tief von der Ueberzeugung durchdrungen — so schloß Georgi seine Rede —, daß eine Auflösung des Zollvereins, daß auch nur eine Spaltung desselben in zwei oder drei Theile von der größten Gefahr, das größte Unglück für Deutschland sein würde. Möchte es der Weisheit und Mäßigung aller dabei beteiligten Regierungen gelingen, diese Gefahr glücklich an uns vorüber zu führen.“ Die Staatsregierung, welche durch die Minister v. Beust und Behr, sowie durch den königl. Kommissär Kühne vertreten war, schwieg während der ganzen Verhandlung, und da auch Seitens der Kammer gegen die Ansichten der Deputation ein Widerspruch nicht erhoben wurde, so wurde, unter Billigung derselben, die allgemeine Debatte geschlossen und zu dem speziellen Theile des Berichts, den Tariffragen u. c., übergegangen. Am Schlusse bemerkte dann noch Minister Behr: Wenn sich die Regierung an der Debatte nicht betheiligt habe, so beruhe Dies auf den von der Deputation selbst anerkannten Rücksichten, die namentlich auch bei Tariffragen zu beobachten wären. Die Regierung werde aber nicht nur im Allgemeinen von der heutigen Verhandlung Kenntniß nehmen, sondern auch die Wünsche Einzelner gern entgegen nehmen. Freilich müßten dieselben sich jeder Zeit in solcher Weise beschränken, daß die gleichberechtigten Wünsche Anderer daneben Raum hätten; denn nur bei weiser Selbstbeschränkung und sorgfamer Beachtung der gegnerischen Ansprüche könne das Wohl Aller gedeihen. Hierauf wurde das Deputationsgutachten gegen eine Stimme (v. Nostitz) angenommen.

**Wien, 17. April.** Graf Buol-Schauenstein hat am 12. d. M. den üblichen Eid in die Hände Sr. Maj. des Kaisers abgelegt.

Die Verathungen über die Organisationsentwürfe, unter Beziehung der betreffenden Statthalter und Vorsitz des Hrn. Ministers selbst, nehmen Montag ihren Anfang.

Der Vertrag, welcher zwischen Oesterreich und Bayern wegen Aufhebung der Donauzölle abgeschlossen wird, ist bereits von beiden Theilen angenommen und wird nächstens in Wirksamkeit treten, da die bis jetzt in Betreff der Ausführung bestehenden unbedeutenden Differenzen nun auch gehoben sind.

### Schweiz.

**Aus der Schweiz, 20. April.** Der Bundesrath hat die sämtlichen Telegraphenlinien der Schweiz in vier Inspektionskreise getheilt und zu Inspektoren ernannt: Für den ersten Kreis, die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Freiburg: Cürchod, Ingenieur von Lausanne. Sitz in Lausanne. Für den zweiten Kreis, für Bern, Aargau, Basel, Solothurn, Luzern: Hartung, Ingenieur von Zürich. Sitz in Zofingen. Für den dritten Kreis, die Kantone Zürich, Thurgau, Schaffhausen, St. Gallen, Zug, Schwyz, Appenzell: Richd. Wieland von Basel. Sitz in St. Gallen. Für den vierten Kreis, Graubünden, Tessin, Uri: Beroldingen, gew. Staatsrath und Ingenieur in Tessin, Sitz in Bellinzona.

Laut Verfügung der preussischen Regierung wird vom 1. Mai an die Korrespondenz von Preußen nach Sardinien ihren Weg nicht mehr durch die Schweiz oder Oesterreich, sondern durch Frankreich nehmen, da sie auf diesem Wege schneller zum Ziele gelange. Das „Journal de Genève“ betrachtet diese Verfügung als eine Schlappe für den eidgenössischen Postdienst und dringt mit Recht auf Errichtung eines direkten Schnellkurses zwischen Genf und Basel über Neuenburg.

**Bern, 20. April.** Durch die nachträglich eingelangten Abstimmungen aus Pruntrut, Gadmien und Guttannen hat sich die konservative Mehrheit, wie zu erwarten war, noch verstärkt, sie beträgt jetzt 6598 Stimmen; es stehen bloß noch drei pruntrutische Gemeinden aus, welche zusammen 432 Stimmberechtigte zählen.

Die Schweizer Blätter sind angefüllt mit Betrachtungen über den Sieg der konservativen Partei. „Der Sieg“ sagt die „Basl. Ztg.“ am Schluß eines bezüglichen Artikels, „wird nun die Partei kräftigen, ihr Bewußtsein heben, ihr den Muth geben, die schwere Aufgabe, die ihr obliegt, mit Entschiedenheit durchzuführen. Denn wahrlich, sie weiß es, warum sie sich angestrengt hat; es war nicht bloß, um noch zwei Jahre am Ruder zu bleiben (Ende der regelmäßigen Amtsdauer der Mitglieder der Regierung), um den trostlosen, schwankenden Zustand noch länger fortdauern zu lassen, es war, um den Kanton zu retten von dem drohenden Verderben, um Ordnung und Ruhe herzustellen, um das Eigenthum gegen ungeliebte Gelüste zu sichern, um dem endlosen Wühlen ein Ende zu machen. Alles, was wir aus Bern vernehmen, bekräftigt uns in der Gewissheit, daß der Sieg in diesem Sinne werde benützt werden, und wir hegen die frohe Hoffnung, daß das zu frischer Gesundheit wieder erstarke Bern auch in der Eidgenossenschaft wieder eine Stellung einnehmen werde, wodurch dem um sich greifenden Verderben gewehrt, geschlagene Wunden geheilt, langjähriges Unrecht gut gemacht werden wird. Voll freudiger Hoffnungen blicken auf Bern alle diejenigen, welche ein freies, einig, starkes, schweizerisches Vaterland wünschen, welche auf eine nicht bloß in Phrasen sich kundgebende Versöhnung hoffen, welche den neuen Bund halten, aber die alten lebensfähigen Grundlagen desselben, vor Allem aber die alte Biederkeit und Treue nicht muthwillig zerstören wollen.“

Das (konservative) „Vaterland“ ist noch viel milder gestimmt. Es spricht dem Bedürfnis der Versöhnung das Wort, will keine Reaktion, kein Verlassen oder auch nur Schwächen der Demokratie, ist aber gleich dem Berner Volk der Unruhen gründlich müde, und verlangt Ruhe und Frieden, Ruhe und Frieden um jeden Preis. Das klingt so grundehrlich und gemüthlich, als ob man die Stimme des deutschen Philisters von der breitesten Grundlage nach Befestigung der Revolutionen und Revolutionen von anno 48 und 49 höre. Die Regierung, meint das „Vaterland“ schließlich, werde jetzt durch kräftiges, unnaechtsichtiges Auftreten gegen die Wähler dem Willen des Volkes (von ein paar Tausend Stimmenden mehr!) Geltung und Gehorsam zu verschaffen wissen, und gibt sich der tröstlichen Hoffnung hin, daß sie ihre Stützen dazu bald wieder in allen Theilen des früher (!) entzweiten Volkes finden werde. — Die „Bern. Ztg.“ Stämpfli's liefert zu solch gutmüthigem Schwimmel bereits erläuternde Randbemerkungen. Sie wiederholt gleichnerisch, ihre Partei habe nur gezwungen die Abberufung angerath, die politische Ehre (!) der Partei habe es geboten, den Handstreich aufzuheben; sie bedauert dann kläglich die armen Gefangenen, Verbannten, und tröstet sich damit, Tausende hätten die Abberufung nur deshalb verworfen, um in zwei Jahren aufs neue Rechnung zu halten. Das ist der Riese Anteus am Boden!

Die „Schwyz. Ztg.“ will wissen, auf nächsten Samstag sollen die Ausgeschlossenen der Berner-Vereine in der Stadt zusammenkommen, auf den gleichen Tag soll der Regierung ein großartiger Fackelzug gebracht werden. Kanonen haben vom Café Dumont aus dem Lande die Siegesbotschaft verkündigt.

Nach dem „Bunde“ trägt auf der Stätte des zu erbauenden Bundesrathshauses ein hoher Mast die Inschrift:

„Gottlob, mit Nassau ist es aus,  
Wir bauen nun mit Freuden dieses Haus.“

Das ganze Baugespann ist mit eidgenössischen Wimpeln geschmückt.

**Graubünden.** Bundesrathliche Verfügung setzt den Anfang der Münzeinlösung auf den 20. Mai fest. Durch neu angelangte Geldsendungen ist der Vorrath auf zweimalhunderttausend n. Franken gestiegen.

**Genf.** Die H. H. Bankier Kohler und Ingenieur Wolffberger sind in Aufträgen, betreffend eine Paris-Macon-Genf-Bahn, nach Paris abgegangen. — Laut der „Democratie genevoise“ ist der Luftschiffer Poitevin in Genf, und legten

Sonntag zum ersten Mal in Mainpalais zu Pferde 6000 Meter gestiegen.

**F. Chur, 18. April.** Es dürfte den Lesern Ihres Blattes nicht unerwünscht sein, eine Notiz über das Geschlecht der Buol-Schauenstein zu erhalten, dessen jetziger Namensträger als erster Minister der österreichischen Monarchie eine europäische Rolle zu spielen jüngst von seinem Kaiser berufen wurde. Der Stammvater der Familie ist in Graubünden, im Dorfe Parpan oberhalb Churwalden, wo die Julierfrage in gähem Abfall gegen das Thal Schanfid sich zu senken beginnt. Sie hatte schon im 17. Jahrhundert den Namen von Schlosse Straßberg in der gleichfalls bei Churwalden gelegenen Gemeinde Malix. Der gemeinschaftliche Stammvater, von welchem die noch bestehenden Familien Buol-Straßberg und Buol-Nietberg, später Schauenstein, sich abzweigten, war der 1662 verstorbene Landammann J. v. Buol-Straßberg. Einer seiner Söhne, Paul, focht als spanischer Oberst in Italien und Portugal, ward später Haupt des Bundes der 10 Gerichte, und wurde 1696 von Leopold I. in den erbetenen Freiherrnstand erhoben. Den Beinamen Nietberg nahm er von seiner Gemahlin, Narcissa v. Planta-Nietberg, an. Er trat 1693 von der reformirten zur katholischen Kirche über. Sein ältester, 1717 zu Wien ermordeter Sohn, kaiserlicher General, hatte von seiner Gemahlin, Emilie v. Schauenstein-Chrenfels, 3 Söhne, deren dritter Joseph Anton, Namen und Güter dieser Familie durch Adoption seines kinderlosen Eheins erhielt. Die Bemühungen, die Reichsgrafen-Würde zu erringen, war ihm als testamentarische Verpflichtung auferlegt worden, — scheint aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Da seine zwei Söhne kinderlos starben, vererbten sich seine Herrschaften auf seinen Neffen Johann Anton Vattista, der zuerst Domherr in Chur war, dann aus dem geistlichen Stande austrat und sich mit einer Gräfin von Särentheim vermählte. Von seinen beiden Söhnen ward der eine der letzte Fürstbischof von Chur und Bischof von St. Gallen, der 1833 starb, der andere der Vater des jetzigen Ministers, der zuerst mehrere diplomatische Posten in der Schweiz, am pfälzbayerischen Hof, im Hag, bei den Verhandlungen von 1792 zu Basel bekleidete, 1794 zum Direktorialminister am Reichstage zu Regensburg ernannt, 1805 in den Grafenstand erhoben wurde. 1815 wurde er Bundesstags-Gesandter und Vorsigender zu Frankfurt, dann 1822 kaiserlicher Staats- und Konferenzminister. Er starb am 12. Februar 1834. Der jetzige Staatsminister ist geboren am 17. Mai 1794. Auch er widmete sich der diplomatischen Laufbahn und war bekanntlich zuletzt österreichischer bevollmächtigter Minister am k. großbritannischen Hofe.

### Frankreich.

† **Paris, 20. April.** Der Präfekt des Rhône-Departements, v. Vincent, ist an Stelle des Hrn. Legrand zum Staatsrath ernannt worden, da Letzterer seine Ernennung nicht angenommen hat.

Für den Tuilerienpalast sind ein erster und zweiter Kommandant, sowie ein Adjutant der Kommandantur, für das Palais Royal, den Senatspalast, die Paläste von Neudon und Trianon ebenfalls Kommandanten und Adjutanten ernannt worden.

Im Gebiet der Rechtspflege haben abermals sehr zahlreiche Beförderungen und Versetzungen stattgefunden, da mehrere hohe Justizbeamten theils in Folge des Dekrets über die Altersgränze in Ruhestand versetzt wurden, theils freiwillig zurückgetreten sind.

Durch ein anderes Dekret des Präsidenten der Republik ist wieder eine Reihe Offiziere für die verschiedenen Bataillone der Pariser Nationalgarde und der der Bannmeile ernannt worden.

Der Minister der allgemeinen Polizei hat ein höchst bemerkenswerthes Rundschreiben an die ihm untergebenen Generalinspektoren erlassen, um ihnen den Zweck ihres Amtes und die daraus entspringenden Pflichten nochmals zu verdeutlichen. Die Regierung, heißt es darin, will ihre Stärke und ihre Dauer ganz besonders aus einer gründlichen Kenntniß der Lage und der Bedürfnisse des Landes schöpfen. Die Generalinspektoren der Polizei sollen die Regierung in diesem Streben unterstützen und müssen sich deßhalb vor allen Dingen, ähnlich jenen Abgeordneten des Regenten, die in der glorreichsten Periode des Mittelalters die Provinzen bereiseten, in stete Verührung mit der Bevölkerung setzen, und zwar nicht allein mit den Beamten und höhergestellten Personen, sondern auch mit den Massen selbst in Stadt und Land, in den Fabriken, den Hüttenwerken u. c. Dabei soll nicht nur die Beförderung des materiellen Wohls und aller hierauf bezüglichen Anstalten, sondern auch die öffentliche Sittlichkeit, die Achtung vor dem Autoritätsprinzip, vor der Religion, vor der Familie, die Arbeitsamkeit und die Redlichkeit im Verkehr ins Auge gefaßt werden. Die Ueberwachung in sicherheitspolizeilicher Hinsicht bildet den andern Haupttheil der Aufgabe der Generalinspektoren; auf Komplotte, geheime Gesellschaften, Propaganda durch falsche Nachrichten, böswillige Insinuationen, Pamphlete u. c. sollen sie das Auge offen haben. Bei der Erfüllung dieser vielfältigen Pflichten empfiehlt der Polizeiminister vor Allem Ruhe und Unparteilichkeit, sowie große Versöhnlichkeit. „Denn nie“, drückt er sich aus, „hat eine Regierung ihren Ursprung auf eine so breite Grundlage gestellt; es ist ihr daher auch leichter als jeder andern, den Zwiespalt zu vergessen und jede Mitwirkung anzunehmen. Das Staatsoberhaupt hat es bei einer feierlichen Gelegenheit ausgesprochen, folgen Sie diesen hochherzigen Eingebungen und verkünden Sie dieselben. Wenn eingewurzelte und hartnäckige Feindseligkeit energisch bekämpft werden muß, so sind hingegen alte Ueberzeugungen kein Grund des Ausschließens, vorausgesetzt, daß sie ehrenwerther Natur sind und sich aufrichtig vor dem allgemeinen Gesetz, dem Nationalwillen, beugen.“

Die Regierung hat einer halbamtlichen Note im „Moniteur“ zufolge Depeschen des Admirals Le Breton, Oberbefehlshabers der Flottenstation in den Gewässern von Brasilien und La Plata, bis zum 5. März erhalten. Die jetzt

nuglos gewordenen Expeditionstruppen, die indessen nach dem Fall von Buenos-Ayres viel zur Erhaltung der Ordnung, zum Schutz der Personen und zur Wahrung des Eigenthums, namentlich zur Rettung der Bank und der auf der Mauth liegenden Waarenvorräthe beigetragen hatten, waren bereits wieder eingeschifft und nach Frankreich dirigirt worden. — Die diplomatische Mission, welche jetzt nach La Plata abgeht, besteht aus dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister v. St. Georges und den beiden Attachés v. Geoffroy und v. Broffard.

Den aus Frankreich ausgewiesenen Personen ist jetzt die Reise nach Belgien nicht mehr gestattet. Man kündigt auf den 10. Mai zahlreiche Beförderungen in der Armee an. Es sollen 5 Divisionsgenerale, 10 Brigadegenerale, eine Menge Obersten und andere Offiziere ernannt werden. Dem diesjährigen Militärkalender zufolge zählt die französische Armee 18,304 Offiziere, worunter 5 Marschälle, 78 Divisionsgenerale und 152 Brigadegenerale; als Oberbefehlshaber ist der Prinz-Präsident der Republik aufgeführt.

Der Staatsrath Quentin Bauchart hat, einer telegraphischen Meldung aus Toulon zufolge, seine Untersuchung für das Bar-Departement unter Mitwirkung aller Behörden beendet. Auf 473 für Algier bezeichnete Gefangene hat derselbe die Freilassung von 293 befohlen, und von 335 ausgewiesenen oder zeitweise Entfertigten 209 begnadigt; von 513 Untertrungen wurden 505 nachgelassen. Alle diese Individuen haben der Person des Prinzen Treue geschworen.

Die französische Akademie hat als Preisaufgabe die Erinnerung an den Herzog v. St. Simon aufgestellt; der betreffende Antrag ist von Montalembert gemacht worden.

Das „Journal des Débats“ macht in einem längeren Artikel über den verstorbenen Fürsten v. Schwarzenberg folgende bemerkenswerthe Aeußerung:

Der Fürst v. Schwarzenberg war sicherlich im Augenblick seines Todes unter den Staatsmännern Europa's einer der für die Politik des Präsidenten der Republik am günstigsten gestimmten. Er hatte mit großer Befriedigung gesehen, wie sich die Gewalt des Staatsoberhauptes befestigte; er hatte den Akt vom 2. Dezember mit allen seinen Konsequenzen gebilligt, um so mehr, als er darin eine große Ähnlichkeit mit der Bahn fand, in die er selbst die österreichische Regierung in ihren Provinzen hatte eintreten machen und die er durch Einführung mehrerer bei uns schon angenommener Maßregeln weiter zu verfolgen vorhatte. Das Wohlwollen, wovon der Fürst v. Schwarzenberg befehl war, hatte ihn die Möglichkeit neuer Aenderungen in der Verfassung der Republik und in der Autorität des Präsidenten ins Auge fassen lassen; er soll sogar im Hinblick darauf durch eine offizielle Mittheilung die Stimmung der übrigen Mächte zu erforschen gesucht und ihnen vorgekehrt haben, daß der Akt vom 2. Dez. der obersten Autorität in Frankreich neue Stärke verliehen habe; daß durch diesen Akt die Anarchie, welche die Nachbarländer Frankreichs bedrohte, gebändigt worden sei; daß der Prinz L. Napoleon durch seine Handlungsweise sich um Europa wohl verdient gemacht und die Interessen des konservativen Systems gefördert habe, und daß, welches auch die ferneren Entschlüsse des Präsidenten sein würden, Europa, statt Hindernisse zu erheben, ihm die Schwierigkeiten lieber ebenen müßte.

Wir wissen nicht, fügt das „Journ. d. Déb.“ hinzu, wie diese Mittheilung des Fürsten v. Schwarzenberg von den Kabinetten, an die sie gerichtet worden ist, aufgenommen worden sein, und sogar, ob sie eine Antwort erhalten haben mag.

Als bestimmt verlautet, daß das neue Unterrichtsgesetz alle Rektorate bis auf 15 unterdrückt. Die Gemeindegymnasien werden nicht mehr Staatsanstalten sein, sondern nur für jedes Departement ein einziges errichtet werden.

SS Paris, 20. April. Die angekündigten großartigen Festlichkeiten für den 10. Mai, wobei die Vertreibung der „Ablen“ an die Deputationen der ganzen französischen Armee stattfinden wird, bieten der oppositionellen Presse des Auslandes zu den schon so oft Lügen gestraften Konjekturen über Proklamirung des Kaiserreichs u. eine willkommene Veran-

lassung. Wer mit den gegenwärtigen Verhältnissen und mit den Gesinnungen des Prinz-Präsidenten vertraut ist, weiß, daß, welcher Art auch die Manifestation der auf dem Marsfelde versammelten Armee sein möge, sie keinen Einfluß auf die Entschlüsse Ludwig Napoleon's ausüben werde. Ein dem Elysée sehr nahe stehender hoher Staatsmann erwiderte lächelnd auf eine derartige Mittheilung: „Si l'on voulait faire l'empire, pourquoi cette date plutôt qu'une autre?“ Die auf dem Marsfelde an genanntem Tage zu versammelnde Armee wird 53 Bataillone Infanterie und 57 Schwadronen Kavallerie, im Ganzen 70,000 Mann, betragen. Man erwartet viele Fremde, namentlich Engländer, welche das imposante Schauspiel am 10. Mai hieher locken wird. Die für die fremden Gäste bestimmte Tribüne ist für 1500 Personen eingerichtet.

Der Anblick der neuen Nationalgarde ist ungleich erfreulicher, als der von den landsturmähnlichen Reihen der früheren Bürgergarde. Heute hielt der Oberkommandant der Nationalgarde, General Löwestine, in den elysäischen Feldern Musterung über das 5. Bataillon derselben. Alle Gestalten über ein praktikables Mittelmaß von Leibesumfang, sowie alle Kostümpfiguren sind unerbitlich ausgeschlossen worden, man sah keine Brillen, und das neue Bataillon hatte einen wahrhaft militärischen Anstrich; es manövrierte auch, trotz der äußerst kurzen Uebungszeit, mit überraschender Präzision.

Gestern Morgen verließ der Prinz-Präsident das Elysée in seinem einfachen Coupé und in Zivilkleidung und fuhr durch die bevölkertsten Stadtviertel, nur von seinem Adjutanten begleitet.

Das Schuldengefängniß in der Cligny-Straße ist merkwürdiger Weise das einzige öffentliche Gebäude in Paris, über dessen Hausthore noch die Aufschrift: „Republique française“ prangt.

### Türkei.

Bier Dörfer der Herzegowina weigerten sich aus Furcht vor den Ueberfällen der Montenegroiner, die Waffen niederzulegen. Bei dem Herannahen türkischer Truppen erfolgte indeß die Entwaffnung bald ohne Widerstand.

### Südamerika.

\* Einem Privatschreiben aus Buenos-Ayres entnehmen wir noch einige Einzelheiten über die Intervention der französischen Truppen, die in Buenos-Ayres stattfand, als die Ueberbleibsel der Armee Rosas nach der Niederlage des Diktators die genannte Stadt plündern wollten. Zwei Hauptpunkte, die Bank und die Douane, waren unter den Schutz der Matrosen des „Hussard“ und des „Flambard“ gestellt worden. Die Kommandanten dieser beiden Schiffe, Dibelot und v. Lamotte, boten Alles auf, um die Stadt, in der bekanntlich viele Franzosen wohnen, gegen die Plünderer zu schützen. Die Einwohner, durch das Beispiel der Matrosen ermuntert, suchten sich Waffen zu verschaffen und schossen aus ihren Häusern auf die Plünderer. Der General Urquiza, der sein Hauptquartier in Palermo aufgeschlagen hatte, schickte am 4. ein Regiment Gauchos nach Buenos-Ayres, welches die Ordnung wieder herstellte und 200 Plünderer über die Klinge springen ließ. Die Zahl der auf dem Lande erschossenen Personen ist viel bedeutender; die Plünderung dauerte dort länger, weil einige Tage vergingen, ehe Urquiza Truppen dorthin absenden konnte.

Man schreibt aus Montevideo, 24. Febr.: Die ersten Dekrete der provisorischen Regierung sind allgemein mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Das Vermögen des Rosas ist zum Eigentum des Staats erklärt, die Spanier erhalten denselben Schutz wie alle andern Fremden; das Innere des Landes ist allen Reisenden, einheimischen wie fremden, offen, ohne daß sie eines Passes bedürfen; die rothen Bänder, Westen und andere politische Loyalitätsabzeichen sind für unnötig erklärt u. Noch eine Menge anderer Rosas'scher Ordnonanzen ähnlicher Art sind für immer abgeschafft worden.

Die chilische Regierung besitzt eine Straffolonie in Fort Bulnes an der Magellanstraße. Im Dezember brach unter den Sträflingen (an 688 Personen) eine Meuterei aus. Den Gouverneur, Munoz Gamero, wollten die Rebellen lebendig braten; der Scheiterhaufen brannte schon, als sie sich seiner erbarmten und ihn erschossen. Zwei Schiffe, ein amerikanisches und ein brittisches, die dort zufällig ankerten, wurden gekapert und die Kapitäne erschossen. Mit den erbeuteten Fahrzeugen stachen sie in See, wurden aber von den brittischen Kriegsdampfern „Virago“ und „Thetis“ erjagt und sämmtlich gefangen.

### Neueste Post.

\* Man berichtet aus London 19. d.: In dem Prozeß Miller-Salomons, bei welchem es sich bekanntlich um die Frage handelt, ob ein Israelit im Parlament einen Sitz einnehmen dürfe, ohne den herkömmlichen Eid zu leisten, ist heute vom Court of Exchequer jene Frage verneinend entschieden worden. Lionel v. Rothschild und Alderman Salomons müssen demnach eine etwaige Abänderung jener Eidesbestimmung abwarten, ehe sie ihre Plätze im Unterhaus einnehmen.

Unterm 17. d. ist der dänische Domänendirektor Dr. Bang, welcher bis jetzt interimistisch das Portefeuille des Innern verwaltet hat, definitiv zum Minister des Innern für das Königreich Dänemark bestellt worden; in Verbindung mit dieser Stellung behält er auch das Ministerium des Kirchen- und Unterrichtswesens interimistisch bei.

Die Berliner Blätter rühmen an der Rede, womit Frhr. v. Manteuffel die Zollvereins-Konferenzen eröffnet hat, die Klarheit, womit die Lage des Vereins und die Position Preußens gezeichnet, und die Mäßigung und Bersöhnlichkeit, die darin gegen die abweichenden Bestrebungen, auch gegen die Wünsche Oesterreichs gezeigt werde, und hoffen, derselbe Geist versöhnlichen Entgegenkommens werde sich auch auf Seiten der Mitglieder des Kongresses offenbaren und so Alles zum befriedigenden Ende geführt werden. „Erst wenn alle diese vertrauensvollen Erwartungen sich als nichtig erweisen sollten“, sagt die „Kreuzzeitung“, „erst dann, aber auch sicherlich dann, ist Preußen es sich selbst schuldig, unbefümmert um abwendige Verbündete seinen eigenen Weg zu gehen.“

Der „P. Ztg.“ zufolge wurden von dem Zuchtpolizeigericht zu Frankenthal die nachgenannten, früher schon wegen Hochverraths von den Geschwornen freigesprochenen Personen wegen unbefugter Einmischung in öffentliche Funktionen, beziehungsweise wegen Beschlagnahme öffentlicher Kassen und willkürlicher Verhaftung im Jahr 1849 für schuldig erkannt und zu folgenden Gefängnißstrafen verurtheilt: Der gewesene Gerichtsbote Louis von Grünstadt zu 1 Jahr; die Dürkheimer: Scheuermann, gewesener Gerichtsbote, zu 6 Monaten; Stöhr, gewesener kön. Salinen-Materialverwalter, zu 4 Monaten; der Gutsbesitzer und frühere Landtags-Abgeordnete Eppelsheim und der praktische Arzt Dr. Joachim, jeder zu 2 Monaten; der Kaufmann, gewesener Bürgermeister und Präsident des Landraths, Sauerbeck, ebenfalls zu 2 Monaten.

Eine tel. Mittheilung der „Allg. Ztg.“ von Wien, 21. d., meldet: Die hiesigen Zollkonferenzen wurden gestern geschlossen. Graf Buol-Schauenstein hielt die Schlussrede. Es werde Berth darauf gelegt, daß bindende Vereinbarungen zu Berlin vor dem Abschlusse mit Oesterreich nicht getroffen werden. Nur Ausdauer und Selbstverleugnung führen zum Ziele. Uebrigens werde im Namen des Kaisers festes Verharren bei der jetzigen Handelspolitik zugesichert.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Fern. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Freitag, den 23. April, 53. Abonnementsvorstellung: Jakob und seine Söhne, Oper in 3 Akten, von Mehül.

B.659.[33]. Karlsruhe. (Erledigte Stelle). Dem großh. Oberamte Laub soll ein geübter Rechtspraktikant mit einem jährlichen Gehalte von 500 fl. beigegeben werden.

Die Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche binnen 14 Tagen mit den erforderlichen Zeugnissen bei der großh. Regierung des Mittelrheintreffes einzureichen.

Karlsruhe, den 10. April 1852.  
Ministerium des Innern.  
v. Marschall.

Quiffon.

B.683.[22]. Für ein junges Frauenzimmer, welches in allen feineren, auch häuslichen Arbeiten, sowie Kleidermachen, Weisnähen u. sehr gut bewandert ist, und damit eine äußerst solide Aufführung, Fleiß und Rechthchaffenheit verbindet, wird eine Stelle als Hausjungfer bei einer Herrschaft oder auch sonstigen Familie höheren Ranges gesucht, wobei vorzugsweise auf gute Behandlung gesehen wird. Gefällige Offerte unter der Chiffre **K. M.** besorgt die Expedition dieser Zeitung.

B.731.[21]. Karlsruhe.

**Stellegesuch.**  
Ein junger Kaufmann mit den besten Zeugnissen versehen wünscht seine gegenwärtige Stelle mit einer solchen als Buchhalter, Reisender oder Comptoirist eines Manufakturwaaren-Geschäfts zu vertauschen und sein Eintritt könnte nach Belieben geschehen.

Näheres ertheilt das Geschäftsbureau von **Ulrich & Frietsch** in Karlsruhe.  
Karlsruhe, den 21. April 1852.

B.718.[21]. Karlsruhe.  
**Lehrstuhlgelbesuch.**  
Es sucht ein junger Mann eine Lehrstuhlgelbesuch als Lehner und könnte sogleich eintreten.

Näheres bei der Expedition der Karlsruh. Zeitung.

B.741. Bei unterzeichneter Buchhandlung ist vorrätbig und so eben erschienen:

**Praktische Erfahrungen über die Behandlung und Heilung der Unterleibs-Brüche, nebst einem Katalog und Preis-Courant der Fabrik und Niederlage von chirurgischen Maschinen, Bandagen und Instrumenten, welche von den berühmtesten chirurgischen Autoritäten, bei den verschiedensten Operationen, Verbänden, Rückgrathsverkrümmungen und in der Krankenpflege angewendet werden, von S. Goldschmidt, Mechanikus und geprüfem Bandagisten in Berlin, Neue Friedrichs-Straße Nr. 54. Preis 45 kr.**

Auch können Aufträge aus diesem Verzeichniß durch mich besorgt werden.

**Karlsruhe.**



B.732.[21]. Karlsruhe.

**Pharmazenten-Stelle.**  
Ein gut empfohlener, registrierter oder sonst routinierter, solider Pharmazent findet auf den 1. Mai oder 1. Juni eine vortheilhafte Stelle. Näheres auf frankirte Anfrage durch Apotheker Dr. Niegel in Karlsruhe.



B.749. Karlsruhe.

**Köchin-gesuch.**  
In ein großes Gasthaus in einem Badeort wird eine gewandte Köchin gesucht.



Näheres bei der Expedition der Karlsruh. Zeitung.



B.716.[31]. Freiburg.

**Gesuch.**  
Ein guter und gewandter Schreiner kann sogleich dauernde Beschäftigung erhalten bei **Gaiser**, Klaviermacher in Freiburg.



B.714. Rastatt.

**Verkauf einer Wirthschaft.**  
Eine frequente Wirthschaft, in der Mitte der hiesigen Stadt gelegen, ist unter ganz billigen Bedingungen zu verkaufen.



Rastatt, den 20. April 1852.

Das öffentliche Geschäftsbureau von **B. Guggenheimer.**



B.730. Nr. 1669. Freiburg.

**Erledigte Stelle.**

Die Stelle des Maschinisten am hiesigen Theater ist erledigt und soll mit einem im Kaufsache wohl bewanderten Manne, der schon an einem größeren Theater in diesem Zweige angestellt war (worüber Zeugnisse vorzulegen sind), besetzt werden.

Derselbe hat sich auf Verlangen auch bei dem Stadtbauamt als Gehilfe verwenden zu lassen.

Der jährliche Gehalt besteht in 500 fl. baarem Gelde, freier Wohnung im Theatergebäude (über welche letzteres derselbe zugleich als Theatermeister die Aufsicht zu führen hat) und freiem Holz. Die desfallsigen Gesuche sind binnen sechs Wochen bei dieser Stelle einzureichen.

Freiburg, den 7. April 1852.

Der Gemeinderath.  
Rieder.

vd. Linder.

B.691. Karlsruhe.

**Anzeige und Empfehlung.**

Unterzeichneter empfiehlt hiermit seine wohlangeordnete Eisengießerei zur Anfertigung von allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten, als:

Maschinen-Stüden, Herdplatten, Fenschervorsätze, Altanen- und Gartengeländern, Grabeneinfassungen, Grabkreuze u. u.; er übernimmt sowohl die Aufstellung obiger Gegenstände, als auch die Montirung von Maschinen, unter Zusicherung prompter und pünktlicher Besorgung, und empfiehlt noch besonders seine selbst erfundenen Holzperren-

den Koch- u. Bügelösen, sowie den Herren Feuerarbeitern:

**Schmelzfeuer-Apparate** mit erwärmter Luft.  
Karlsruhe, im April 1852.

**G. Römbildt,**  
Hirschstraße 32.

B.733.[21]. Karlsruhe.

**Zu verkaufen.**

Ein schönes, militärcommod, gut gerittenes Pferd ist für 20 Louisd'or zu verkaufen. Für die Güte des Pferdes wird garantiert. Zwischenhändler oder Mäler werden nicht angenommen. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

B.717.[21]. Karlsruhe.

**Weinverkauf.**

Es sind in beliebigen Quantitäten 100 neue Dhm 1834er und 1846er Oberländer Wein nahe an der Eisenbahn billig zu verkaufen, ebenso 11 neue Dhm Zwetschgenwasser.

Näheres bei der Expedition der Karlsruh. Zeitung.

B.739.[31]. Mühlburg.

**Fruchtversteigerung.**

Auf nächsten Donnerstag, den 29. d. M., Mittag 2 Uhr, läßt Müller Imbery

150 Malter Weizen,  
100 „ Korn,  
150 „ Spelz,  
30 „ Welschorn,

öffentlich versteigern, wozu die Liebhaber eingeladen werden.

**J. Imbery.**

B.737. **Biehmarkt.**

Montag, den 26. April, wird in Durlach wieder Biehmarkt abgehalten.

Durlach, 20. April 1852.

Der Gemeinderath.  
Wahner.

Siegriß.

